

Was uns das Schweigen kostet – Teil 16

Kapitel 6: Gerichtliche Tyrannei – Teil 3

Die Freiheit aller Amerikaner wird nicht genau repräsentiert

Der Gründer von American_Civil_Liberties_Union (ACLU = Amerikanische Bürgerrechtsunion), Roger Nash Baldwin, behauptete, eine unparteiische Organisation ins Leben gerufen zu haben, welche die Freiheiten der Bürger verteidigen würde. Um die eigentliche Weltanschauung einer Organisation zu verstehen, müssen wir uns ihren Gründer anschauen und dessen Geschichte. Baldwin war ein Agnostiker und Sozialist mit einer Elite-Gesinnung. Im Jahr 1981 bekam er von Präsident Jimmy Carter die Freiheitsmedaille verliehen. Er war mit der Eugenikerin Margaret_Sanger befreundet, der Gründerin von Planned_Parenthood (Geplante Elternschaft). Es ist unbestritten, dass es von den ersten Tagen an Verbindungen zwischen ACLU und Abtreibungsbefürwortern und Progressiven gegeben hat.

Im Jahr 1976 sagte Roger Nash Baldwin:

„Ich bin für den Sozialismus, die Abrüstung und für die ultimative Abschaffung des Staates selbst als ein Instrument der Gewalt und des Zwangs. Ich strebe das soziale Eigentum an, die Aufhebung der Klasse der Reichen und ein einziges Kontrollsystem, das von jenen geleitet wird, welche den Reichtum produzieren. Der Kommunismus ist das Ziel.“

Die ACLU benutzt die Gerichte dazu, eine Agenda zu erzwingen, welche die Mehrheit der Amerikaner immer noch ablehnt. Die ACLU unterstützt die Verbreitung von Pornografie, um die traditionelle Ehe und Familie auszuhöhlen. Sie ist gegen jede bundesstaatliche Regierung, welche Gesetze gegen Obszönität erlassen wollen, weil die ACLU sich weigert, Eltern und Kinder vor solchem widerlichen Material zu schützen. Die ACLU verteidigt all jene, welche Kinder missbrauchen und greift all diejenigen an, welche Moral befürworten. Der 1. Zusatzartikel war nie dafür vorgesehen, das zu schützen, was man als „obszönes Material“ und sündiges Verhalten bezeichnen kann. Da ACLU ist ständig darum bemüht, Leben abzuwerten. Sie hat dazu beigetragen, dass eine legale Tür für Euthanasie geöffnet wird, ein Aspekt des Sozialdarwinismus.

Eines der Ziele von ACLU ist ein säkularisiertes Amerika, gesäubert von der jüdisch-christlichen Religion und den biblischen Lehren. Sie will ein Land haben, in welchem die religiöse Rede nicht nur zum Schweigen gebracht sondern auch bestraft werden soll. Mit enormen Ressourcen und Millionen Dollar von Spendengeldern von Mitgliedern, wie zum Beispiel Peter B. Lewis, dem Vorsitzenden von „Progressive Insurance“ (Progressive Versicherung)

kann ACLU seit 80 Jahren unangefochten quasi einen internen Krieg gegen Amerika führen.

Die ACLU verfügt über:

- Einen Riesen-Etat
- Hunderte von Mitgliedern
- Ehrenamtliche Mitarbeiter
- Über 60 ganztags arbeitende Anwälte

Doch etwas hat die ACLU nicht: Sie hat GOTT nicht! Sie kann für eine gewisse Zeit in unserer Geschichte Schaden anrichten; doch der HERR Jesus Christus wird das letzte Wort haben.

In ihrem Buch „The ACLU vs. America“ (Die ACLU gegen Amerika) enthüllen Alan Sears und Craig Osten die Fakten, legen die Wahrheit und die entsprechenden Gerichtsfälle offen – alles Dinge, die nur wenige Amerikaner wissen oder an die sie sich nicht mehr erinnern können. Die ACLU-Agenda ist von daher seit dem Jahr 2005 kein Geheimnis mehr. Wenn man sich ihre Webseite, politischen Führer, Gerichtsdokumente und Reden anschaut, dann weiß man, wofür sie eintritt. Schauen wir uns ein paar Ansichten von ACLU näher an:

- Alle gesetzlichen Verbote im Hinblick auf die Verbreitung von obszöner Material – wozu auch Kinderpornografie gehört – sind verfassungswidrig.
- Pornografie-Verbreitung kann erfolgen, wo immer man will. Von Steuergeldern finanzierte Bibliotheken sollten Kindern den Zugang zu Pornografie über das Internet nicht verweigern.
- Eltern sollten vom Staat keine Rückendeckung mehr bekommen, wenn es darum geht, ihre Kinder vor knallharter Pornografie zu schützen.
- Eltern können Kinder nicht einschränken, was die Teilnahme am Unterricht an staatlichen Schulen anbelangt – es sei denn es handelt sich um strenggläubige jüdische oder christliche Lehren.
- Das Militär darf offene homosexuelle Verhaltensweisen in seinen Rängen nicht unterbinden.
- Staatliche Schulen können – trotz Jahrhunderte alter Tradition – religiöse, historische und kulturelle Feiertage nicht beachten, wie z. B. Weihnachten, Ostern, Chanukka.
- Jedes durch den Gesetzgeber bewilligte Kaplan-Amt beim Militär und in Gefängnissen sollte abgeschafft werden.
- Alle Strafgesetze und bürgerlichen Gesetze, welche die Polygamie (= Vielehe) oder die gleichgeschlechtliche Ehe verbieten, sollten abgeschafft werden.

Durch Klagen - eingereicht von Aktivisten - haben wir in Amerika in den

letzten Jahren gesehen, wie die Regierung christliche Unternehmer tyrannisiert, weil diese keine homosexuellen Hochzeitsvorbereitungen arrangieren wollen. Wir haben beobachtet, wie die Regierung christliche Firmen im Rahmen von ObamaCare dazu zwingt, Abtreibungen und Geburtenkontrolle für Angestellte zu ermöglichen, was dazu führt, dass Unternehmer gegen ihr eigenes moralisches Gewissen handeln sollen und – was noch wichtiger ist – gegen ihren christlichen Glauben. Was sollen wir tun, wenn ein Gesetz erlassen wird, das verlangt, dass wir das akzeptieren und ehren sollen, von dem Gott gesagt hat, dass es Sünde ist?

Radikale, welche Christen niedermachen wollen, haben jetzt viele homosexuelle Aktivisten überzeugt und rekrutiert, damit diese für sie die Drecksarbeit übernehmen. Ich möchte hier allerdings nochmals betonen, dass nicht alle Schwulen und Lesben gehässige, stolze und intolerante Aktivisten sind. In der Tat leben viele von ihnen lieber nach dem Motto: „Leben und leben lassen“ und sind beschämt über die kulturelle Schikane, die im Namen der Schwulen-“Rechte“ von Extremisten und von der Obama-Administration betrieben wird. Wir müssen für sie beten, weil sie – genauso wie Du und ich – die Liebe und die Vergebung von Jesus Christus brauchen.

Denn es gibt viele freundliche, liebenswürdige und verwirrte Homosexuelle, die einfach nur in Ruhe gelassen werden wollen. In gleicher Weise sollten diese aber auch bedenken, dass wir Christen ebenfalls nicht behelligt werden wollen. Obwohl es auf beiden Seiten eine kleine Anzahl von Extremisten gibt, liefert die amerikanische Verfassung uns (noch) jedes Recht, uns zu Gott zu bekennen und Ihn frei und öffentlich anzubeten.

Leider nehmen diejenigen, welche deren Bedeutung neu interpretiert haben, darauf keine Rücksicht. Obwohl die Mehrheit der erwachsenen Amerikaner glauben, dass Christen das Recht haben, Dinge abzulehnen, die im Konflikt mit ihren religiösen Glaubensüberzeugungen stehen, benutzen die Aktivisten weiterhin das Gerichtssystem, um ihre gottlose Agenda voranzubringen.

Laut einer Umfrage von „Rasmussen Reports“ sind sage und schreibe 85 % der Amerikaner auf der Seite von Christen und Andersgläubigen, die aus religiösen Gründen gewisse Dinge ablehnen. Diese und andere durchgeführte Umfragen beweisen wieder einmal, dass die Aktivisten, die Schikane ausüben, die Extremisten, die Medien und Hollywood NICHT die Mehrheit repräsentieren.

Fälle von Aktivismus und Einschüchterungen

Elaine und Jonathan Huguenin, Eigentümer von „Elaine Photography“, einem kleinen Fotogeschäft in New Mexico, wurden vor Gericht gebracht, weil sie es abgelehnt hatten, Aufnahmen auf einer lesbischen Hochzeitsfeier zu machen.

Elaine hatte höflich erklärt, dass sie ihre künstlichen Talente nicht dafür gebrauchen würde, etwas zu unterstützen, was ihren Glaubensüberzeugungen widerspricht. Die Auftraggeberin, Vanessa Willock, fand zwar schnell einen anderen Fotografen, doch reichte sie eine schriftliche Klage bei der Menschenrechtskommission ein. Diese forderte von der Firma „Elaine Photography“ dann, Frau Willock Schadenersatz in Höhe von 6.637,94 Dollar zu bezahlen.

Das oberste Gericht von New Mexico entschied, dass diese Forderung rechtens sei, und einer der Richter schrieb in der Tat, dass dies der Preis für die Staatsangehörigkeit sei und dass die Huguenins „jetzt per Gesetz dazu genötigt sind, im Hinblick auf die religiösen Glaubensüberzeugungen, die ihr Leben inspirieren, Kompromisse einzugehen“. Die Geschäftsinhaber erschienen dann vor dem obersten Gericht, und am 7. April 2014 wurde ihr Einspruch abgelehnt. Ich zitiere hier nun den Kommentar dazu von Tim Wildmon, von der Organisation American_Family_Association:

„Durch die Weigerung, sich an das Gesetz zu halten, welches vorsieht, dass Bürger - gemäß der Verfassung - das Recht auf freie Religionsausübung haben, hat sich der oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten als unqualifizierter Verfechter der Verfassung erwiesen.“

Bei einem anderen Fall ging es um drei verschiedene Klagen:

- „Ingersoll vs. Arlene's Flowers
- „State of Washington vs. Arlene's Flowers“
- „Arlene's Flowers vs. Ferguson“

Im Jahr 2013 verklagte der Generalbundesanwalt des Bundesstaates Washington, Bob Ferguson, die Eigentümerin von „Arlene's Flowers“, Barronelle Stutzman, weil sie es abgelehnt hatte, ihre Blumengestecke für die Schwulen-Hochzeitsfeier von Robert Ingersoll und Curt Freed anzubieten. Bob Ferguson reichte die Klage ein, nachdem er in den Nachrichten davon gehört hatte.

Die „Alliance Defending Freedom“ (ADF = Allianz für die Verteidigung der Freiheit) sowie andere Anwälte, welche Baronelle Stutzman vertraten, die jetzt über 70 Jahre alt ist, reichten eine Gegenklage ein, damit die Klage abgewiesen wurde, weil der Generalbundesanwalt Ferguson sich in die Sache eingemischt hatte, obwohl er keine Autorität dazu hatte. Denn er hatte niemals eine Beschwerde bekommen. Die ADF erklärte, dass die Regierung dazu vorgesehen ist, die Freiheit von amerikanischen Bürgern zu schützen und nicht den Begriff „Intoleranz“ im Hinblick auf bestimmte Ansichten dazu missbrauchen, um sie einzuschüchtern.

Der langjährige homosexuelle Kunde, Robert Ingsoll, entschied sich dafür, „Arlene's Flowers“ wegen Diskriminierung zu verklagen, obwohl die Inhaberin Baronelle Stutzman in den vergangenen Jahren nicht nur Homosexuelle bedient, sondern sogar welche beschäftigt hatte. Als die Kämpfe vor Gericht für Baronelle weitergingen, bekam sie ermutigende Briefe und Anrufe von Christen aus ganz Amerika und aus anderen Teilen der Welt.

Sie warnte die anderen Bürger: „Jetzt bin ich dran; aber es wird auch euch treffen. Sie versuchen gerade, mich zu nötigen, etwas zu tun, was gegen meinen Glauben verstößt. Und das können sie nicht machen.“ Washingtons Generalbundesanwalt Bob Ferguson bot einen Vergleich an, wenn Baronelle dazu bereit war, 2 000 Dollar Strafe für den Verstoß des Kundenschutz-Gesetzes zu bezahlen und sie damit einverstanden wäre, in Zukunft niemanden mehr zu diskriminieren. Dazu sagte Baronelle:

„Sie bitten mich, denselben Weg zu gehen, den ein sehr bekannter Verräter eingeschlagen hat, der einmal etwas unendlich Wertvolles für 30 Silberlinge verkauft hat. Das ist etwas, was ich nicht tun werde. Ich hätte mir niemals vorstellen können, dass meine mir von Gott gegebenen Talente und Fähigkeiten und das, was ich seit über 30 Jahren gerne tue, irgendwann einmal illegal werden könnten. Seit 2012 dürfen gleichgeschlechtliche Paare im ganzen Bundesstaat frei nach ihren Überzeugungen im Hinblick auf die Ehe leben; doch weil ich der biblischen Lehre folge, die besagt, dass die Ehe ein Bund zwischen einem einzigen Mann und einer einzigen Frau ist, habe ich nicht länger die Freiheit, nach meinen Glaubensüberzeugungen zu handeln.“

In einem anderen Gerichtsprozess wurde Jack Phillips aus Colorado, ein Bäcker und Eigentümer des „Masterpiece Cakeshop“ in der Denver-Region angeklagt und der Diskriminierung für schuldig befunden, weil er sich geweigert hatte, für ein schwules Paar die Hochzeitstorte herzustellen. Die ACLU reichte eine Beschwerde bei der Bürgerrechtsbehörde beim Justizministerium ein, welche entschied, dass Phillips damit gegen das staatliche Diskriminierungsgesetz verstoßen hatte. Der Generalbundesanwalt reichte die Klage ein, und der Verwaltungsrichter Robert Spencer ordnete an, dass Phillips allen gleichgeschlechtlichen Paare solch einen Gefallen erweisen müsste. Er behauptete, dass Phillips religiösen Ansichten „auf Kosten der Gesellschaft gehen und auf Kosten der Personen, denen Dienste versagt werden, einfach nur, weil sie sind, wie sie sind. Dadurch werden diese verletzt“.

Einige andere Bäcker boten sich an, eine Torte für das homosexuelle Paar Charlie Craig und David Mullins zu machen; doch die beiden bestanden darauf, Phillips dennoch zu verklagen. Mullins beschuldigte Phillips

„beleidigend und inhuman“ zu sein. Er sagte zu Phillips Verteidiger Denver Westword: „Wir sind aufgestanden, weil wir gehen wollten. Und – um ehrlich zu sein, habe ich zu Phillips gesagt: 'Fick dich und deine homophobe Bäckerei!'“ Phillips wurde zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Und draußen vor seiner Bäckerei führten Schwulen-Aktivisten Protestaktionen durch.

Ein Fall aus dem Jahr 2014 offenbarte die eiskalte, rücksichtslose Agenda, welche das Justizministerium von Obama und Holder gegen die Religionsfreiheit in Amerika verfolgt. Die

Kongregation der Kleinen Schwestern der Armen, ein Orden katholischer Nonnen, hat es sich seit 175 Jahren zur Aufgabe gemacht, in 208 Häusern ältere, mittellose Menschen jeder Rasse, jeder Kultur und Religionszugehörigkeit zu betreuen. Die Nonnen haben diesen Menschen im Sinne von Jesus Christus gedient, bis es in einer Passage von ObamaCare hieß, dass Arbeitgeber dazu gezwungen sind, Angestellten Abtreibungspillen und andere Mittel zur Geburtenkontrolle anzubieten.

Natürlich konnten „die Kleinen Schwestern“ - entweder aus biblischen oder aus Gewissensgründen – dieses Mandat nicht befolgen, und das rief den nächsten Kampf vor Gericht auf den Plan. Die Obama-Administration hatte sogar den obersten Gerichtshof ausdrücklich darum gebeten, bei katholischen Gruppen im Hinblick auf empfängnisverhütende Mittel keine Ausnahme zu machen. Das Justizministerium von Eric Holder wollte die Sache umgehen, indem es sagte, dass es den „Kleinen Schwestern“ dieses Mandat nicht auferlegen würde, wenn sie ein Zertifikat unterzeichneten, durch das sie Andere dazu autorisierten, das neue Gesetz zu erfüllen, ansonsten müssten sie mit Bußgeldern von der Bundessteuerbehörde rechnen. Somit wurden die Nonnen gezwungen sich zu entscheiden, ob sie Gott oder der Regierung gehorchen sollten.

Ihre Anwälte reichten eine Kurzdarstellung ein, indem sie schrieben, dass die Regierung blind für die freie Religionsausübung sei und dass die „Kleinen Schwestern“ und andere Bittsteller dieses Formular nicht unterzeichnen könnten, weil sie von Anderen nicht verlangen könnten, an ihrer Stelle zu sündigen. Die Gesundheitsministerin Kathleen Sebelius hatte die „Kleinen Schwestern“ bis Oktober 2013 ignoriert, wenn diese zusammen mit ihren katholischen Förderern, den Laienbrüdern Christian Brothers, die eine Klasse von 400 Organisationen repräsentierten, die ebenfalls von dem ObamaCare-Mandat betroffen waren, im Gerichtsflur erschienen.

Die bundesstaatlichen Regierungen haben ein klares Muster im Hinblick darauf, verfassungswidrige Aktionen GEGEN religiöse Gruppen zu etablieren. Der Ton, den die Regierung dabei anschlägt, hat Andere auf staatlicher und lokaler Ebene dazu ermutigt, Menschen abzulehnen, die sich auf die von der Verfassung garantierte Religionsfreiheit berufen. Seit 2009 hat die Obama-

Administration nicht versucht, ihre Einstellung gegenüber dem Christentum und der Verfassung zu verbergen. Noch beunruhigender ist die Tatsache, dass trotz des Ersuchens des Kongresses, sich Kathleen Sebelius niemals, bemüht hat, das Justizministerium hinzuzuziehen, um festzulegen, ob das ObamaCare-Mandat verfassungskonform ist oder nicht.

Doch es gibt auch eine gute Nachricht: Wenn die Hitze bei den Christen hochschlägt, reagieren viele schließlich und treten in Aktion, indem sie sich für ihren Glauben aussprechen. Im Moment ist es noch so, dass die Gerichte sich in 19 von 20 Fällen von religiösen Vereinigungen auf die Seite des Volkes gestellt haben, anstatt auf die Seite der Regierung. Über „Die Kleinen Schwestern der Armen“ erließ der oberste Gerichtshof eine einstweilige Verfügung, welche sie vor dem umstrittenen Mandat der Ministeriums_für_Gesundheitspflege_und_Soziale_Dienste_der_Vereinigten_Staaten (HHS) schützt, während ihr Fall noch vom Berufungsgericht in Denver/Colorado verhandelt wird.

Der Fall der „Kleinen Schwestern“ ist nur einer von 94 Prozessen die gegen das HHS-Mandat geführt werden. Zu den Klägern gehören auch die Handelskette für Kunstartikel und Bastelbedarf „Hobby Lobby“ und die Firma für Holzmöbel „Conestoga Wood Specialities“. Diese Fälle schließen über 300 Kläger und 47 gemeinnützige Gruppen ein. Die Firma „Hobby Lobby Inc“ gehört frommen Christen. Die Familie Green betreiben ihr Geschäft seit 1970. Der Gründer David Green hat damals ganz klein in einer Garage angefangen. Heute hat diese Familie über 600 Geschäfte in 41 Bundesstaaten. Und sie glaubt: „Wir haben es der Gnade Gottes und Seiner Bewahrung zu verdanken, dass es Hobby Lobby schon so lange gibt.“ Auf ihrer Webseite heißt es: „ER hat sich in der Vergangenheit als treu erwiesen. Und deshalb vertrauen wir auf Ihn, was unsere Zukunft anbelangt.“

Zwei Aussagen kennzeichnen ihren Dienst:

1. „Wir ehren Gott in allem, was wir tun, indem wir unsere Firma in einer Weise führen, die mit den biblischen Grundsätzen übereinstimmt.“
2. „Wir geben den Segen des HERRN an unsere Angestellten weiter und investieren ihn in unsere Gemeinschaft.“

Für ihre Angestellten strebt die Firma „Hobby Lobby“ starke, charakterfeste Familien an. Ihre Läden sind sonntags geschlossen, weil die Firma glaubt, dass ihre Angestellten die Möglichkeit haben sollten, die Sonntage mit ihren Familien zu verbringen. Die Greens wollen einfach nur frei ihre Geschäfte führen und dabei ihren Glauben leben können. Und von der Regierung erwartet sie, dass sie ihr dies ermöglicht, ohne dass die Familie gegen ihre Glaubensüberzeugungen verstoßen muss. Da die Familie Green nicht dem HHS-Mandat nachgekommen ist, könnte es sein, dass sie 1,3 Millionen

Dollar pro Tag oder fast 475 Millionen Dollar pro Jahr Bußgeld zahlen muss. Die Greens sagen, dass sie dem Mandat deshalb nicht nachgekommen seien, weil sie nicht einsehen, dass die Regierung sie zu so etwas zwingen kann.

Der Grund, weshalb die Firma „Hobby Lobby“ Klage eingereicht hat, war, dass sie ihre Mission nicht erfüllen kann, während sie für Pharmaka bezahlt, die Abtreibungen hervorrufen. Was viele Leute nicht wissen, ist, dass „Hobby Lobby“ bereits 16 von 20 Empfängnis verhütende Mittel – wie es im Mandat vorgeschrieben ist – anbietet. Doch die Familie Green hat moralische Einwände gegen den Plan B, die „Pille danach“ oder gegen die Pille, die man eine Woche nach der Empfängnis einnehmen kann, um eine Abtreibung herbeizuführen und gegen zwei andere Medikamente, weil diese lebensbedrohlich sind. Ein Kauf und eine Bereitstellung dieser Medikamente und Mittel würde gegen ihre tiefsten biblischen Glaubensüberzeugungen verstoßen, denn die Familie Green geht davon aus, dass das Leben bei der Empfängnis beginnt, also wenn das weibliche Ei befruchtet wird.

Das oberste Gericht der Vereinigten Staaten von Amerika hörte sich am 25. März 2014 die Argumente an, und am 30. Juni 2014 hätte es beinahe zu Gunsten von „Hobby Lobby“ und „Conestoga Wood Specialities“ entschieden. Es sagte, dass Familien, die auf Gewinn orientierte Unternehmen haben, nicht gezwungen sind, gegen ihre religiösen Glaubensüberzeugungen zu verstoßen, nur weil sie einen eigenen Betrieb haben. Daraufhin legten die Demokraten Beschwerde ein. Und somit ist dieser Prozess noch nicht zu Ende.

Im Jahr 2011 ließ die US-Regierung verlauten, dass Kirchen und Gemeinden unter dem 1. Zusatzartikel keine Sonderrechte, sondern nur Vereinigungsfreiheit hätten, genauso wie Gewerkschaften. Im Fall „Hosanna-Tabor Evangelical Lutheran Church and School (Evangelikale lutherische Kirche und Schule Hosanna-Tabor) v. The Equal_Employment_Opportunity_Commission“ entschied das Gericht einstimmig gegen die Behauptung der Regierungsadministration.

Im Jahr 2012 wurde die T-Shirt-Firma „Hands On Originals“ beschuldigt, gegen eine lokale Rechtsverordnung verstoßen zu haben, weil sie sich geweigert hatte, T-Shirts für ein örtliches „Pride Festival“ zu machen, auf dem öffentlich homosexuelles Verhalten und gleichgeschlechtliche Beziehungen gefeiert werden. Die „Gay and Lesbian Services Organization“ wollte dazu entsprechende bedruckte T-Shirts haben. Und als die Firma „Hands On Originals“ den Auftrag ablehnte, reichte die Organisation eine Klage bei der Menschenrechts-Kommission des Landkreises ein, weil sie sich wegen sexueller Orientierung diskriminiert fühlte.

Der Eigentümer dieser T-Shirt-Firma, Blaine Adamson, sagte:

„Ich denke, dass ist ein Weckruf für Christen, für Unternehmer und für die amerikanischen Bürger. Ich bin Gott gegenüber dafür verantwortlich, wie ich mein Unternehmen führe.“

Die „Alliance Defense Fund (ADF = Allianz zur Verteidigung der Freiheit), welche die T-Shirt-Firma verteidigte, sagte, dass der Grund, weshalb Blaine Adamson den Auftrag abgelehnt hatte, der war, weil er mit der öffentlichen Botschaft nicht einverstanden war und dass sein Geschäft nicht dazu gedacht sei, T-Shirts damit zu bedrucken, denn dadurch würde er diese Verhaltensweisen fördern. Rechtsanwalt Jim Campbell von der ADF sagte:

„Amerikaner auf dem Wirtschaftsmarkt sollten nicht zur Zielscheibe von rücksichtsloser legaler Attacken sein, nur weil sie auf ihre Glaubensüberzeugungen beharren. Diese Art von Schikane mag in einer Diktatur praktiziert werden; aber der Zwang gegen sein Gewissen handeln zu müssen, hat keinen Platz in den Vereinigten Staaten von Amerika.“

In dem Antwortschreiben auf die Klage an die Menschenrechts-Kommission hieß es:

„Die Firma 'Hands on Originals' hat Aufträge zur Herstellung von bestimmten T-Shirts bereits in der Vergangenheit aus verschiedenen Gründen abgelehnt. Aber dieses Mal wollte sie nicht, dass auf diese Weise eine Botschaft verbreitet wird, die besagt, dass Menschen stolz darauf sollten, ein sündhaftes Verhalten an den Tag zu legen. Sie wollte auch keine Ideologie fördern, die bei diesem Festival übermittelt wird.“

Schwule und lesbische Aktivisten schufen daraufhin eine Facebook-Seite, auf der sie zu einem Boykott gegen die T-Shirt-Firma aufrief. Und prompt zog der Fayette-Kentucky Schulbezirk seine Aufträge bei dieser Firma zurück und bestellte auch zukünftig keine T-Shirts mehr bei ihr. Sogar der Bürgermeister der Stadt stieß in dasselbe Horn und sagte:

„Die Menschen haben heute einfach nicht die Langmut für diese Art von Verhalten.“

In den meisten solcher Fälle bekommen die Unternehmer Hass-E-mails und Drohungen, nur weil diese Christen sich zu ihren Glaubensüberzeugungen geäußert haben. Diese verfolgten Unternehmer bekommen aber auch eine überwältigende Unterstützung und Ermutigung von anderen Christen.

Es ist ein typisches „Endzeit-Zeichen“, dass die Stadt für Blaine Adamson verschiedene „Umerziehungs-Programme“ anordnete. Nach einem zweijährigen Gerichtsprozess erklärte die Menschenrechts-Kommission von

Lexington den Eigentümer der T-Shirt-Firma im Oktober 2014 für schuldig, gegen die lokale „Fairness-Rechtsverordnung“ verstoßen zu haben. Noch beunruhigender ist die Tatsache, dass der Direktor der Menschenrechts-Kommission, Raymond Sexton, etwas sagte, worauf Adolf Hitler sicher sehr stolz gewesen wäre:

„Es ist an der Zeit, dass Christen auf dem freien Markt ihre Religion zu Hause lassen.“

Fortsetzung folgt ...

Mach mit beim [http://endzeit-reporter.org/projekt/!](http://endzeit-reporter.org/projekt/)*

Bitte beachte auch den Beitrag [In-eigener-Sache](#)